

# Hat die Treuhand nach 1989 das DDR-Vermögen gut in die neue Zeit gerettet?



**HERMANN RAPPE** war bis 1995 Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik und saß im Verwaltungsrat der Treuhand.

„Ja – das Ergebnis kann sich sehen lassen, wenn man die Ausgangslage betrachtet: eine vom Kommunismus ruinierte Wirtschaft. Anders als 1945 war 1989 nur das halbe Land in einem desolaten Zustand. Hätte man sich auf langwierige Experimente eingelassen, hätten die Menschen mit den Füßen abgestimmt. Es musste sofort gehandelt werden. Im Winter 1990/91 war die erste Pflicht der Treuhand, die Versorgung der Menschen mit Wohnraum, Lebensmitteln und Energie sicherzustellen. Dann begann der Umbau der Wirtschaft. Viele DDR-Arbeitsplätze waren unter den neuen Bedingungen nicht zu erhalten. Behauptungen, die Treuhand hätte Arbeitsplätze leichtfertig vernichtet, und die Bundesrepublik hätte die maroden und nicht wettbewerbsfähigen Betriebe unter staatlicher Regie sanieren können, sind Tag- und Nachtträume allerer, die vom alten System profitiert haben. Vom Westen werden bis heute in großem Umfang Steuermittel und Sozialbeiträge aufgebracht, um die Einheit zu finanzieren. Wir hätten uns bei dem Versuch, auch noch die DDR-Wirtschaft auf eigene Kosten weiterzuführen, völlig übernommen. Gebrauchte wurden private Initiative und privates Kapital. Das war harte Arbeit. Die Interessenten haben nicht immer Schlange gestanden. Alle Ideen von einer langsameren Transformation sind nur Gedankenspiele.“



**RUDOLF HICKEL** ist emeritierter Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Bremen.

„Nein, trotz einiger Erfolge ist die Bilanz der Treuhand eher negativ. Bereits die Leitidee in § 2 des Treuhandgesetzes musste zum Debakel führen: Die Treuhand sollte vorrangig die Privatisierung und Verwertung nach den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft vorantreiben. Auf die spezifischen Bedingungen der zusammenbrechenden Ostmärkte sowie die gigantischen Umsatzverluste durch den monetären Urknall des D-Mark-Importes zum 1. Juli 1990 wurde keine Rücksicht genommen. Diese Ignoranz, gepaart mit ideologischer Arroganz, hat am Ende der machtvollen Durchsetzung der Unternehmensinteressen aus Westdeutschland Tür und Tor geöffnet. Unter der Flagge der schnellen Privatisierung entschieden vor allem die Barone von Rhein und Ruhr, neben vielen anderen Managern und Abenteurern aus dem Westen über die ökonomische Zukunft Ostdeutschlands. Sie verhinderten den Aufbau hochwertig sanierter Produktionskapazitäten und zogen es vor, billige Werkbänke einzurichten. Statt, wie es Wolfgang Thierse damals forderte, Zeit für eine behutsame Sanierung zu kaufen, hat teilweise eine Deindustrialisierung eingesetzt.“



Was ist Ihre Meinung? Schicken Sie uns Ihren Leserbrief oder Ihre Themenvorschläge für diese Rubrik an: [redaktion@boeckler.de](mailto:redaktion@boeckler.de)